

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 05/16

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Auseinanderdriften der Gesellschaft auf allen Ebenen?

Die EU droht zu zerfallen, wenn bereits die Briten im Juni für BREXIT stimmen. Im Gefolge der Flüchtlingskrise sind auch in Österreich und Deutschland nationalstaatlichere Tendenzen in atemberaubendem Aufwind, wie vorher bereits in Frankreich, Dänemark, Polen, Finnland usw.. Der Türkeiideal zu Flüchtlingen hat insbesondere Deutschland abhängig gemacht von dem Autokraten Erdogan, der nun seine Macht und Demokratiefeindlichkeit auch in Deutschland und der EU demonstriert. Das aber beflügelt die Spaltung der Gesellschaft erst recht. Die Bundestagsparteien wirken ratlos, den Medien fällt nur noch wenig ein, wie Polarisierung und Zerfall gestoppt werden könnten, die sie selber mit verursacht haben. Kurzum: **Die Lage ist unübersichtlich und bedrohlich**. Die Menschen sind verunsichert, zu recht, auch in Mülheim. Das Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft macht auch vor dem Stadtrat nicht halt. 3 CDU-Ratsmitglieder, MBI-Ratsherr Hötger und der ex-AfD`ler Hartmann bilden nun eine neue, rechtslastige Fraktion im bereits zersplitterten Rat. Das ist bitter auch für die MBI, die in den letzten 2 Jahren erfolgreicher waren als zuvor mit größerer Ratstruppe. **Auch die Demokratie erleidet schweren Schaden, wenn der Wählerwille derart missachtet wird und Mandatsträger je nach Zeitgeist oder für persönliche Vorteile während einer Wahlperiode einfach wechseln, Mandate mitnehmen und vergessen, wofür sie gewählt wurden.** **Die MBI werden auch unter erschwerten Bedingungen versuchen, den Wählerauftrag zu erfüllen.**

Wiederbelebung des verwaisten Depot Speldorf – endlich!

Ab 19. April kehrte wieder Leben in das seit Ende 2007 verwaiste Speldorfer Depot ein. Die MBI, die sich über Jahre für die Wiederbelebung eingesetzt hatten, begrüßen dies ausdrücklich. Probleme könnte es geben mit der neuen Zufahrt zur Karlsruher Straße. Auch wird sich der Parkdruck in Speldorf rund um das Depot vergrößern. Zwar hat Rewe zusätzliche Parkplätze vor dem denkmalgeschützten Depot angelegt, doch mit Schlagbäumen. Bisher hatten etliche Speldorfer ihren PKW u.a. nachts am Depot abstellen können. Man wird abwarten müssen, ob und wie sich das einspielt.



Bürgerbeteiligung zum Flüchtlingsdorf Blötterweg eine Farce!

Ende April fand die Bürgerinforeveranstaltung zum Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof der laufenden Grundschule Blötterweg statt, welches bereits im Bau ist. Das Treffen war in der Katharinenschule an der Frühlingstr. und halt nicht am Blötterweg, schon bezeichnend. Viele Menschen waren gekommen. Dezernent Ernst erläuterte lang und breit die Mülheimer und die deutschlandweite Flüchtlingspolitik, ohne auf **das völlig indiskutable Projekt Blötterweg** einzugehen. Einige Anwohner mussten dann später selbst grundlegende Fakten nachfragen. Der allererste Herr, der sich meldete, sagte aber bereits fast alles, als er beklagte, dass diese Veranstaltung nicht vor dem Beschluss stattfand. Jetzt, wo alles im Bau sei, wäre das eine Farce.



Ansonsten gab es hauptsächlich Beschwerden wegen der Baumaßnahmen. Der Großteil der Menschen schien sprachlos, aber mit z.T. Wut im Bauch, wie den Gesprächen vorher und nachher zu entnehmen war. **Ein Flüchtlingsdorf auf dem Schulhof einer laufenden Grundschule ist immer unverträglich, egal wo!**

Auf den folgenden Seiten:

- Abgewählte ex-Dezernentin Sander nun Chefin der Gelsenkirchener Stadterneuerungsgesellschaft!....S. 2+3
 - Ex-OB Mühlenfeld bleibt bei RWE im Aufsichtsrat, man glaubt es kaum! S. 3
 - Dauerzankapfel Flughafen Essen/Mülheim: Ausstieg bald oder 2024 oder 2034 oder nie - das ist die Frage, wie bereits 1994, 2001, 2012, 2016 und?.....S. 4
- Einlegeblatt:** Städtetag NRW zur Problematik der Zuwanderung: Desinteresse oder Realitätsverweigerung?

Die 2011 abgewählte Mülheimer ex-Dezernentin Sander nun Chefin der Gelsenkirchener Stadterneuerungsgesellschaft!

Wie einer WAZ-Meldung vom 16.4.16 zu entnehmen war, kehrt die 2011 in Mülheim nicht wieder gewählte Helga Sander in 2016 in die "kommunale Familie" zurück, nun als Geschäftsführerin einer städtischen Gelsenkirchener Gesellschaft. Üblicherweise verdienen Geschäftsführer/-innen ausgegliederter kommunaler GmbHs mehr als Dezernenten, denen sie irgendwie unterstellt sind. Doch spart sich wohl Mülheim so das nicht unerhebliche Freigänger-Ruhegehalt für ex-Dezernenten, wenn Frau Sander wieder in öffentlichen Diensten steht, was aber noch abzuklären sein wird. Unabhängig davon wollen die MBI im folgenden wegen der doch arg beschönigenden Pressemeldung über ihr neues Wirkungsfeld an ihre nicht so glorreiche Zeit in der Mülheimer Stadtplanung erinnern.

WAZ 16.4.16: *Neuer Job eint Ex-Mülheimer Stadtplaner*

"Die frühere Bau- und Planungsdezernentin Helga Sander ist mit großer Mehrheit (gegen die Stimmen der CDU) vom Rat der Stadt Gelsenkirchen zur Geschäftsführerin der Gelsenkirchener Stadterneuerungsgesellschaft – eine hundertprozentige Tochter der Stadt – gewählt worden. Zuständiger Dezernent in Gelsenkirchen ist der ehemalige Mülheimer Planungsamtschef Martin Harter. Helga Sander (55), Mitglied der Grünen, war 16 Jahre lang Dezernentin in Mülheim. Vor allem Ruhrbania und die neue Hochschule prägten ihre Amtszeit. Ihre Stelle fiel nach zwei Wahlperioden dem Rotstift zum Opfer. Die Stadt reduzierte die Zahl der Dezernenten von fünf auf vier. Sechs Jahre arbeitete Helga Sander mit Martin Harter in Mülheim zusammen. Nach ihrem Ausscheiden aus dem städtischen Dienst ging Helga Sander in die private Wirtschaft. für die Revitalisierung des Ückendorfer Quartiers rund um die Kirche"



MBI-Kurzkommentar zu dem WAZ-Artikel:

Geschichtsklitterung vom Feinsten?!

Die grüne ex-Dezernentin wurde Anfang 1996 unter eher mysteriösen Umständen und einzig als „Quotenfrau“ Mülheimer Dezernentin in den wichtigen und kommunal zentralen Bereichen Planung und Umwelt. Der damalige RP legte Widerspruch ein wegen mangelnder fachlicher Qualifizierung. Das Verfahren wurde dann kurz später aber von der neuen und damals 1. NRW-Regierung aus Rot-Grün vom Innenminister „aus politischen Gründen“ (Zitat des damaligen SPD-Innenministers Kniola) beendet.

In der Folge bescherte die schwache grüne Planungsdezernentin der Stadtentwicklung eine Katastrophe nach der anderen. Selbst die Mülheimer Grünen distanzieren sich später von „ihrer“ Dezernentin, die aber ohnehin „nur“ Mitglied im Essener Kreisverband sei.



Sander wurde 2004 mit etlichen Gegenstimmen wiedergewählt vor allem, weil Frau OB Mühlenfeld behauptete, diese Dezernentin für ihr Prestigeprojekt Ruhrbania dringend zu brauchen. Da neben der SPD auch CDU, FDP und mit leichten Abstrichen die Grünen heiße Verfechter von Ruhrbania waren, stimmten trotz deutlichem Gemurre dann doch noch nur einige aus Gewissensgründen gegen Sanders Wiederwahl. Und so nahm das Ruhrbania-Desaster seinen Lauf mit

den bekannten, aber von der WAZ lieber verschwiegenen Folgen einer vermurksten Stadtplanung inkl. Verkehrsführung und einem finanziellen Desaster der einst eigentlich reichen Stadt Mülheim.

Auch bei der Planung und Standortwahl für die Fachhochschule machte die Dezernentin alles andere als eine gute Figur. Das über viele Monate peinliche und blamable Possenspiel um den FH-Standort war nur möglich, weil das Planungsdezernat sich gegen Sinn und Verstand den Wünschen der Immobilienhaie untergeordnet hatte und mit fast brachialer Gewalt den ungeeigneten Standort in Ruhrbania favorisierte und dafür sogar falsche Bewerbungsunterlagen zugelassen hatte.

Dass der jahrelange, haarsträubende Dilettantismus der Mülheimer Stadtplanung erst mit dem Nachfolger Vermeulen zumindest ansatzweise überhaupt wieder in geordnetere Bahnen kam, macht vieles deutlich, wenn auch manche Hinterlassenschaften der Sander-Ära nur schwer reparabel sind wie u.a. die Verkehrsführung.

Es stimmt auch nicht, dass die Katastrophen-Dezernentin nur dem Rotstift zum Opfer fiel, wie die WAZ es schreibt. Einzig Grüne und SPD wollten sie wiederwählen, hatten dafür aber keine Mehrheit. Über Wochen machten sie massiv Werbung dafür, was WAZ und NRZ damals auch eifrigst transportierten. Als die SPD einsehen musste, dass die Abwahl nicht mehr zu verhindern war (auch weil inzwischen nach den MBI alle anderen die enormen fachlichen Defizite als wesentliche Gründe eingesehen hatten), ließ Wiechering die Dezernentin fallen und kungelte kurz vor der Ratssitzung einen Dezernenten-Deal mit der CDU aus. Damit war leider auch die große Chance vertan, das gesamte Sander-Imperium neu und besser zu strukturieren. **Wer die obige WAZ-Meldung liest, glaubt, Dezernentin Sander habe für Mülheim nur Gutes getan. Dabei war das Gegenteil der Fall. Woanders nennt man das Geschichtsklitterung,**

Aus MBI-Presserklärung Okt. 2010: „**Sander freisetzen!**“

„..... Selbst das hohe „Spaziergängergeld“ für Frau Sander wäre im Vergleich zu dem, was unter ihrer Verantwortung bereits in den Teich gesetzt wurde und bestimmt noch werden wird, ein Klacks! Polizeieinsatz Hansastr., langjähriges Chaos auf dem Kasernengelände, B-Plan-Orgien in Grün- und Außenbereichen, Karnap-Verträge zu Gunsten des RWE, Flop der Vergärungsanlage, Einkaufszentrum Heifeskamp, Discounter-Wildwuchs, Klimasünde ex-Rugenbergengelände, verpennte Zuschüsse für die 901, die peinliche Brücke Emmericher Str. bei real, die Fast-Zerstörung der denkmalwürdigen Heimaterde, die gnadenlose Vernichtung von hunderten von Innenstadtbäumen, insbesondere die Zerstörung des Gartendenkmals, viele sauteure Innenstadtgutachten oder -wettbewerbe für den Papierkorb, die Kübelelei und die unnütze Gefährdung des Wochenmarkts auf der Schloßstr. u.v.m. hat diese Dezernentin unserer Stadt eingebrockt. Unsaubere Planungs- und Genehmigungsverfahren, Filz- und Vetternwirtschaft im sensiblen Baubereich haben in der Sander-Ära sogar noch zugenommen. Auch die blamable und hochnotpeinliche FH-Fehlplanung in Ruhrbania zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke geht auf die Kappe der Dezernentin.....“

In den 14 Jahren Sander (Anm. bis 2010) hat unsere Stadt sehr viel Geld für Stadtplanung ausgegeben ohne erkennbare Verbesserung, ganz im Gegenteil!..... “

Ex-OB Mühlenfeld bleibt bei RWE im Aufsichtsrat

Mit 77,65 Prozent der Stimmen wurde Dagmar Mühlenfeld bei der RWE Hauptversammlung am 20. April erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Nachdem die MBI über viele Monate nachgefragt hatten, weil sie als nicht-OB dort die städtischen Aktien nicht mehr vertreten kann, kam die öffentliche Debatte darum leider erst kurz vorher in Gang, denn die WAZ hatte sich zuvor penetrant geweigert, über die MBI-Anfragen zu berichten. Kurz vor dem 20. April schwenkte die WAZ um und veröffentlichte **Kritik an der Nominierung Mühlenfelds für RWE-Aufsichtsrat**

Auch Mühlenfelds Vorgänger Specht, ehemals für die CDU im Spitzenamt der Stadt, hatte sich in der WAZ zu Wort gemeldet. Er warf Mühlenfeld vor, von einem althergebrachten politischen Klüngel der kommunalen Anteilseigner nun persönlich profitieren zu wollen. Mühlenfeld reagierte in der WAZ nur so: *"Ich habe mich im Laufe der Zeit an unsachliche Äußerungen zum Thema gewöhnt"*. Kommentar überflüssig!



Alt-OB Mühlenfeld und ihr Sitz im erlauchten RWE-Aufsichtsrat

Auf der Hauptversammlung des trudelnden RWE-Konzerns wurde dann nicht nur die Null-Dividende, sondern auch der Aufsichtsratssitz der Alt-OB beschlossen - beides für die Stadt Mülheim schlecht!

Die Alt-OB hat nämlich sowohl dem Konzern wie der Stadt durch ihre Politik als kommunale RWE-Lobbyistin großen Schaden zugefügt. Ob der marode Konzern sich jemals davon erholen wird, ist ungewiss. Die Stadt, die anders als der Konzern nicht pleite gehen kann, weil das Land für alles bürgen muss, ist durch die verheerend falsche RWE-Politik in eine fast hoffnungslose Lage geraten, was noch zu gravierenden Einschnitten für die Bürger führen wird.

Eine wesentliche Motivation für die RWE-Politik von Frau Mühlenfeld als OB war sicherlich ihr Sitz im erlauchten RWE-Aufsichtsrat. Dass sie nun, wo sie ihre Stadt als Scherbenhaufen hinterläßt, mit dem Verbleib im Aufsichtsrat "belohnt" wird, hinterläßt einen faden Beigeschmack, unabhängig davon, dass sie nun die üppigen Tantiemen für ca. 4 Sitzungen pro Jahr behalten darf, welche bekanntlich immer höher waren als ihre Einkünfte im Hauptamt als OB und sicherlich auch deutlich mehr als die nicht unerhebliche Pension als ex-OB. **Das Geld sei ihr gönnt, wenn sie dafür nicht soviel Unheil angerichtet hätte!**

Dauerzankapfel Flughafen Essen/Mülheim: Ausstieg bald oder 2024 oder 2034 oder nie - das ist die Frage, wie bereits 1994, 2001, 2012, 2016 und

WAZ 23.4.16: "30 Jahre Streit - nächste Woche könnte der Konflikt um den Flughafen Essen/Mülheim jedoch politisch beigelegt, der Fahrplan für den endgültigen Ausstieg festgezurrert werden. OB Ulrich Scholten möchte einen Haken an die Angelegenheit machen. Doch noch herrscht Unruhe....."

Konflikt beendet, wenn der beschlossene Ausstieg erst in 2034 kommt? Man glaubt es kaum!

Die MBI fordern realistischere Ausstiegsszenarien, und zwar nicht erst für 2024 oder 2034 oder St. Nimmerlein!

Zur Erinnerung nur einige Punkte der letzten 30 Jahre dieses Fluglandeplatzes ohne Düsenfluggenehmigung in Endlosschleife:

1994 beschloss der Mülheimer Stadtrat einzig gegen die FDP den Ausstieg aus dem Flughafen. Der gleiche Beschluss wurde in Essen gefasst und die rot-grüne Landesregierung ab 1996 hatte den Flughafenausstieg Essen/Mülheim im Koalitionsvertrag stehen.

1999 trat die SPD zur Kommunalwahl mit Thomas Schrör als OB-Kandidat mit dem Hauptpunkt "Ausbau des Flughafens" an, ohne bis dahin in der Partei einen Beschluss zur Revidierung der vorherigen Linie erwirkt zu haben. Gegenkandidat für die CDU war Dr. Baganz, der vehement den Flughafenausstieg forderte, weshalb er letztendlich auch zum OB gewählt wurde.

2000 versuchten SPD und FDP, denen im Rat eine Stimme zur Mehrheit fehlte, per geheimer Abstimmung einen Beschluss zum Flughafenausbau zu erwirken, was misslang. Auch ein zweiter Versuch Ende 2000, über einen Beschluss für ein ILS (Instrumenten-Lande-System) irgendwie einzustimmen, scheiterte erneut.

Dann kaufte die SPD in **2001** den MBI-Ratsherrn Yassine. Sofort nach dessen Übertritt einigten SPD und FDP sich auf eine sog. "strategische Allianz" mit den Hauptzielen Flughafenausbau und ein Stadtentwicklungsprojekt Ruhrbania. In der ersten Ratssitzung nach dem Übertritt beschlossen SPD und FDP zusammen mit der Überläuferstimme die Verlängerung der auslaufenden Wüllenkemper-Verträge bis 2024 und sie fassten gleichzeitig den Beschluss zum Ausbau des Flughafens zu einem "Geschäfts"- bzw. Regionalflughafen mit Düsenverkehr, der bekanntlich an dem Luftlandeplatz Essen/Mülheim nicht zulässig ist.

Nach den Kommunalwahlen **2004** bildeten SPD und CDU eine Art große Koalition. In der Vereinbarung wurde sich zum Flughafen Nichtstun verordnet, d.h. auch kein Beschluss zur Düse. Die Einführung von Düsenflügen war ohnehin nicht wirklich möglich, weil Essen und das Land NRW dagegen waren.

Die CDU erlitt bei den Wahlen **2009** einen Einbruch auch wegen ihrer unklaren Flughafenpolitik. Sie machte wegen der Wahlschlappe keine erneute große Koalition mit der SPD. So konnte schließlich im Juli 2010 mit deutlicher Mehrheit auch in Mülheim der Ausstieg aus dem Flughafen erneut beschlossen werden.

2013 stellte das renommierte Kölner Büro Lenz&Johlen das lange Zeit von Frau Mühlenfeld verzögerte Gutachten für einen Flughafenausstieg vor mit wirklich realistischen Szenarien, und zwar ab möglichst bald. Wieder passierte nichts, bis BHM-Chef Dönnebrink **2014** mit einem eigenen Szenario in die Gremien ging, den Flughafen nicht vor 2024 zu schließen. Obwohl das sowohl in Essen wie in Mülheim von den Mehrheiten abgelehnt wurde, legt er nun in **2016** ungefähr das gleiche wieder vor, dieses Mal unterfüttert mit einem neuen Gutachten, dieses Mal von der Kettwiger Firma Märkische Revision. **2015** stieg das Land NRW aus dem Flughafen aus. Zusätzlich machten wichtige Flughafenfirmen wie die VHM schon vor Jahren pleite, Gerichte urteilten gegen Hubschrauberflüge und in 2010 auch gegen Ausnahmegenehmigungen für Düsenflüge. Und vor allem:

Der ehemalige Militärflughafen in Bottrop/Schwarze Heide erhielt 2009 die Genehmigung zum Ausbau als Zivilflughafen. Anfang 2015 scheiterte ein Bürgerbegehren dagegen, so dass dem Ausbau am Rande des Ballungsgebietes, nicht mitten drin wie Essen/Mülheim, nichts mehr im Wege steht. Nicht zu vergessen auch der nahe Großflughafen Düsseldorf.

Fazit: 30 Jahre Streit mit allen Haken und Ösen! Unabhängig davon wären Beschlüsse in Mülheimer Gremien nicht wirklich weiterführend, selbst wenn Essen dasselbe täte, denn der wirkliche Bedarf wird sich kaum einstellen, eher im Gegenteil. Die Stadt Mülheim würde weiter Entwicklungspotenziale auf den Ruhrhöhen verschenken, wie jahrzehntelang bereits geschehen, man denke nur an die bereits vertane Riesenchance einer KlimaExpo auf dem Flughafengelände.



Am 14. April war Mitgliederversammlung des NRW-Städtetag in Aachen. Thema: „**Zuwanderung und Integration in den Städten – Chancen und Risiken**“

Eigentlich hat NRW als Deutschlands größtes Bundesland schwerwiegende Probleme vor der Brust: Das Land ist sehr hoch verschuldet, Energiewende und nun auch noch die Stahlkrise bereiten vielen der bisher wichtigsten Unternehmen in NRW große Sorgen, vor allem in Deutschlands größtem Ballungsgebiet, dem Ruhrgebiet mit seinen über 5 Mio. Menschen, wo der einst recht erfolgreiche Strukturwandel zuletzt eher zum Stillstand kam, so dass das Ruhrgebiet bundesweit immer mehr zurückfällt und mit enormen sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Überalterung sowie Anzeichen für Ghettobildung zu kämpfen hat. Zusätzlich leidet das EU-weit zentrale NRW unter dem Verschleiß der Infrastruktur, ob Autobahn- und andere Brücken, Bahnstrecken und besonders im ÖPNV-Nahverkehr – alles mit irrsinnig hohem Sanierungsstau. Die seit Jahren stark gestiegene Zuwanderung war in vielen NRW-Städten, auch und besonders im Ruhrgebiet, überverhältnismäßig groß. Der explosionsartig große Zuwanderungsschub nach Merkels quasi-Einladung letzten September hat die Städte zusätzlich vor sehr große Herausforderungen gestellt, wobei z.B. in vielen Ruhrgebiets-(Teil-)städten das auch als quasi von Gott geschicktes Konjunkturprogramm gesehen wird/wurde, weil die hoch verschuldeten Kommunen glaubten, unter dem Titel Flüchtlingshilfe endlich wieder beliebig Geld ausgeben zu können, neue Stellen schaffen usw., allerdings immer mit der Hoffnung, dass Land und Bund das demnächst alles übernehmen würden.

Zusammengefasst: Wohl selten in den letzten Jahrzehnten gab es für die NRW-Städte so spannende, kontroverse und herausfordernde Monate wie im letzten halben Jahr. Man hätte also erwarten können (oder besser müssen), dass die Delegierten, zumeist Stadtverordnete und die OB`s, voller Spannung und Anteilnahme auf Anregungen und Ergebnisse eines Städtetages zum Thema „Zuwanderung und Integration“ erpicht gewesen wären. Doch dem war nicht so, leider.

Mein Kurzbericht vom NRW-Städtetag als Delegierter aus Mülheim/Ruhr von der Ratsfraktion MBI:

In der Nacht davor hatten sich die Koalitionsspitzen der GroKo in Berlin geeinigt auf ein Integrationsgesetz, ein Anti-Terror-Paket und sie gaben grünes Licht für eine Arbeitsmarktreform. Insbesondere das Integrationsgesetz u.a. mit angedrohten Sanktionen, falls Flüchtlinge Maßnahmen, Sprachkurse o.ä. ablehnen, und der Ankündigung, 100.000 1-Euro-Jobs für Flüchtlinge schaffen zu wollen, war für den Städtetag also eigentlich von größter Relevanz, wurde aber nur am Rande erwähnt.

Die Einführungsrede hielt IM Jäger, der in epischer Breite darlegte, dass NRW es hervorragend geschafft habe, 330.000 Flüchtlinge letztes Jahr unterzubringen. Nun müsse die Integration folgen, doch gerade



NRW habe damit ja reichlich positive Erfahrung. Und bla, bla Und überhaupt müsse der Bund den Kommunen viel mehr Geld für die Flüchtlinge bereit stellen, auch wenn das Land bereits seine Unterstützung sehr großzügig aufgestockt habe.

Von seiner überlasteten Polizei, von ungezählten nicht registrierten Zuwanderern oder gar von den Vorgängen in der Sylvesternacht hörte man kein Wort. Der Beifall für den Minister war nicht gerade tosend!

Vielleicht war auch bei nicht allen der mind. 300 Teilnehmer die Überzeugung von „Wir schaffen das“ und „Wir haben bereits mehr geschafft, als wir uns vorstellen hätten können“ ähnlich gereift wie bei dem Minister, der es aus seiner Heimatstadt Duisburg eigentlich besser wissen müsste. b.w.

Die Expertenrunde am Nachmittag mit einem Staatssekretär des Berliner Innenministeriums, der Vorsitzenden des Sachverständigenrats für Integration+Migration, dem NRW-Sozialminister, der Flüchtlingsbeauftragten der Stadt Düsseldorf und dem Aachener OB brachte auch kaum Neues und noch weniger Kontroverses.

Der neue Vorsitzende, OB Clausen aus Bielefeld, ergänzte danach in einer langen Rede auch nicht viel Erhellendes, außer dass er deutlich machte, dass nur gelungene Integration den „Rechtspopulisten“ das Wasser abgraben werde. Zuvor war bereits mehrfach von den Experten behauptet worden, die Stimmung in der Bevölkerung sei nicht gekippt, die Hilfsbereitschaft bei allen Standorten auf Dauer immer größer als die Ablehnung, die zu Beginn reflexartig fast überall auftrete. Doch die hervorragende Bürgerbeteiligung an den meisten Orten in NRW hätte die Skepsis zumeist abbauen können, von einem Bodensatz Unbelehrbarer abgesehen.

Dann ging es um die „Aachener Erklärung zu Zuwanderung und Integration in den Städten“.

Viele Teilnehmer hatten den Städtetag bereits verlassen. Ein Teil der verbliebenen Teilnehmer wollte den 2. Absatz der Erklärung streichen lassen. Der lautet:

„Integration aber wird nur gelingen, wenn die Zuwanderung wirkungsvoller gesteuert und reduziert wird. Die Städte müssen sich auf die Menschen mit Bleibeperspektive konzentrieren können. Auf die Kommunen dürfen zukünftig nur noch Flüchtlinge mit anerkanntem Bleiberecht verteilt werden. Gleichzeitig müssen die Asylbewerber und Flüchtlinge, die nicht schutzbedürftig sind, zügig und konsequent in ihre Herkunftsstaaten zurückgeführt werden.“

Das ging einigen bereits zu weit, begründen wollte es aber keiner. Ohne Prüfung der Stimmberechtigung anhand der Stimmkarten (es gab auch Gastdelegierte) wurde gleich zweimal abgestimmt, weil nicht gezählt worden war. Die Gegner verlangten eine Zählung. Die ergab 46:28 Hände, nicht Stimmkarten, für den o.g. Absatz. Bei der Abstimmung über die gesamte Aachener Erklärung stimmten dann noch 20 dagegen.

Eine Sternstunde für die Demokratie war das nicht gerade. Fast drei Viertel der Teilnehmer des Städtetags hatte bereits mit Füßen abgestimmt und das Häuflein, das auch Forderungen im o.g. Absatz partout als angebliche Menschenrechtsverletzung o.ä. gestrichen haben wollte, war nicht imstande, sich dafür argumentativ stark zu machen. Unabhängig von dem 2. Absatz enthält die Aachener Erklärung nur altbekannte, richtige, aber wenig konkrete Punkte mit den Überschriften „Kinderbetreuung und Schulen ausbauen“, „Integration in den Arbeitsmarkt vorantreiben“, „Genügend bezahlbaren Wohnraum schaffen“, „Auskömmliche Finanzierung für Unterbringung und Versorgung sicherstellen“ und „Für lebenswerte, weltoffene Städte“.

In Wirklichkeit aber hätte ein Städtetag, und in NRW erst recht,

die Forderung nach einem baldigen Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien erheben müssen.

Die in Berlin nachts zuvor ausgehandelte Einführung einer Art Residenzpflicht für Asylbewerber wäre insbesondere für die NRW-Städte von enormer Bedeutung gewesen, war aber kein Thema. Bekanntlich leiden viele der großen Städte, nicht zuletzt im krisengeplagten Ruhrgebiet darunter, dass Völkerwanderer dorthin ziehen, was man auch cluster- oder Koloniebildung nennt, typisch für alle Migrationen überall. Ob und wie man das überhaupt regeln kann, bedarf einer ehrlicheren Diskussion als bisher.

Fazit:

Das vermeintliche oder wirkliche Desinteresse vieler Kommunalpolitiker war doch etwas erschreckend, schließlich stehen die an vorderster Front, was die Bewältigung der riesigen Migrationsproblematik insbesondere in NRW angeht. Vielleicht aber sind auch etliche Kommunalpolitiker bereits den Weg in die „innere Emigration“ gegangen, ähnlich größeren Teilen der Bevölkerung, die am liebsten offen nicht mehr darüber reden will. Auch der Städtetag NRW redete und beschloss zumeist arg an den wirklichen Fragestellungen vorbei. Nicht zuletzt deshalb berichtete kaum eine Zeitung darüber. Dabei wird und kann die von Teilen der Wirtschaft stark forcierte Masseneinwanderung nach Deutschland dann und nur dann ohne ganz große Brüche funktionieren, wenn die Städte und Kommunen im größten Bundesland NRW das überhaupt bewerkstelligen können.

Trotz der gerade in NRW am deutlichsten erkennbaren Probleme (no-go-areas, Kolonien von Maghreb-Leuten mit hoher Kriminalitätsrate, Krisenregionen wie Ruhrgebiet und Bergisches Land auch ohne Zuwanderungsprobleme usw.) wollen die politischen Verantwortlichen sich anscheinend nicht wirklich mit den Realitäten und verschiedenen, auch differenzierteren Lösungsansätzen befassen. Man wartet wohl lieber auf Anweisungen aus Berlin, Brüssel oder Düsseldorf?

Auch wenn in etlichen Krisenstädten die Flüchtlingswelle als großes Konjunkturprogramm angesehen wird (insbesondere für die mit der Politik lokal meist verbandelte Immobilienwirtschaft), so türmen sich die Probleme nach und nach bedrohlich auf, selbst wenn keine neuen Massenzuwanderungen hinzu kämen.

Wenn die Verantwortlichen aus den Städten nicht bald auf den Boden kommen, wird ihnen die überlastete Infrastruktur Stück für Stück einbrechen, ob in Kitas, Schulen, Ämtern uswuf... .. Dann werden die pöstchengewohnten Lokalpolitiker auch noch serienweise abgewählt werden!